

Juli 2012

Das Ergebnis der Tagung des Europäischen Rates und des Gipfeltreffens der Mitglieder des Euro-Währungsgebiets vom 28./29. Juni in Brüssel muss in erster Linie im Lichte der drei politischen Signale interpretiert werden, die zum Abschluss der Beratungen den internationalen Märkten und der Öffentlichkeit übermittelt wurden.

Das erste Signal bedeutet, dass die Länder des Euro-Währungsgebiets, von denen konkrete Antworten erwartet wurden, zu einer Einigung gelangen mussten, um unverzüglich den Weg zur Banken- und Haushaltsunion einzuschlagen und dabei in erster Linie die Rolle der Europäischen Zentralbank in dem neuen System der Kreditregelung und -aufsicht zu stärken. Damit haben sie implizit auch den Weg zur politischen Union geebnet, ohne die eine Banken- und Fiskalunion nicht dauerhaft bestehen kann. Das zweite Signal war Ausdruck des Willens, kein Land des Euro-Währungsgebiets sich selbst zu überlassen und insbesondere neue verheerende Finanzkrisen in Spanien und Italien zu verhindern; auf diese Weise sind diejenigen, die von einer möglichen Teilung des Euro-Währungsgebiets in reiche und arme Länder gesprochen haben, eines Besseren belehrt und entsprechende Ängste widerlegt worden. Schließlich ist die zentrale Bedeutung der am 9. Dezember des vergangenen Jahres unterschriebenen Verträge bekräftigt worden, nämlich des fiskalpolitischen Pakts und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), dessen Verwaltungsrat und Status als bevorzogter Gläubiger unverzichtbare Elemente der Verwaltung der europäischen Institutionen und ihrer Reform geworden sind; dadurch kann zum einen die Governance des Euro konkret angedacht und zum anderen der Widerspruch aufgelöst werden, der aus dem Umstand resultiert, dass es eine Währung ohne einen Staat gibt.

Von ebenso großer Bedeutung waren jedoch die Maßnahmen im Nachgang zu diesen Gipfeltreffen; zunächst haben Bundestag und Bundesrat den fiskalpolitischen Pakt und den ESM mit überwältigender Mehrheit ratifiziert. Dann hat Frankreich angekündigt, dass es nunmehr bereit ist, ein Gleiches zu tun, während Italien und Spanien (wo Regierung und Opposition eine Einigung über die Ratifizierung erzielt haben) ähnliche Verpflichtungen eingegangen sind. Fakt ist, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus ohne die Unterstützung durch diese vier Länder, die insgesamt etwa 80% der Mittel des ESM bereitstellen, bar jedweder Glaubwürdigkeit wäre. Von diesen Ländern ist auch die Initiative für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen einer begrenzten Anzahl von Ländern zwecks Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer ausgegangen, die vom Vereinigten Königreich bekämpft wird, so dass keinerlei Aussicht besteht, dass der Europäische Rat diese Steuer verabschiedet. Sie wird inzwischen als eine der potenziell wichtigsten Einnahmequellen angesehen, auf die zurückgegriffen werden könnte, um die für die Finanzierung eines europäischen Entwicklungsplans erforderlichen Mittel dauerhaft und eigenständig zu generieren.

* * *

All dies bedeutet jedoch nicht, dass der Euro gerettet und die Krise überwunden ist, und auch nicht, dass Europa Schritte auf dem Weg zur föderalen Union unternommen hat, die eine Umkehr unmöglich machen. Es bedeutet vielmehr, dass sich ein Fenster geöffnet hat und sich nun die Gelegenheit bietet, Europa zu gestalten.

Innerhalb weniger Monate hat sich das Klima gerade aufgrund der Krise und der Unzulänglichkeit der europäischen Institutionen und der europäischen Länder, diese Krise zu bewältigen, verändert. Die Alternative, vor der die Europäer stehen, hat sich stärker herauskristallisiert: Ein breites Spektrum von Kräften bekundet seine Bereitschaft, die Neubelebung des Projekts der politischen wie auch der wirtschaftlichen Einigung Europas zu unterstützen. Gegenwärtig spricht man in Deutschland und in Frankreich ausdrücklich davon, dass ein föderaler Sprung gemacht werden muss und es im Hinblick darauf unerlässlich ist, Souveränitätsrechte zu übertragen - wie selbst Präsident Hollande eingeräumt

hat. Darüber hinaus haben sich die Regierungen der Länder des Euro-Währungsgebiets erstmals seit dem Ausbruch der Staatsschuldenkrise nicht damit begnügt zu handeln, um noch etwas mehr kostbare Zeit zu gewinnen: Sie haben begonnen, diese Notfallmaßnahmen in einen Prozess einzubetten, dessen Umrisse zwar noch unscharf und dessen Inhalte noch nicht festgelegt sind, der aber mit Sicherheit - und dies räumen inzwischen sämtliche institutionellen Entscheidungsträger auf einzelstaatlicher und europäischer Ebene ein - die Banken- und die Haushaltsunion wie auch die politische Union umfassen muss. Es hat sich bestätigt, dass diese Ziele, wie Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag am Tag vor dem Gipfeltreffen in Brüssel erklärt hat, "eng zusammen gehören", "nur gemeinsam ihre Wirkung entfalten" können und zunächst im Rahmen der Siebzehn demokratisch legitimiert werden müssen.

In den Reihen der politischen und sozialen Kräfte in den großen Ländern des Euro-Währungsgebiets herrscht nicht nur breites Einvernehmen darüber, dass die Verträge über den fiskalpolitischen Pakt und den ESM gebilligt werden müssen - was in den bisherigen und künftigen großen Mehrheiten in den Parlamenten (und bei Volksabstimmungen) zugunsten dieser Verträge seinen Niederschlag gefunden hat bzw. noch finden dürfte; darüber hinaus sollte auf der Basis einer sich entwickelnden neuen Diskussionsplattform die sterile Widersprüchlichkeit zwischen Wirtschaftspolitiken, mit denen ein strikter Sparkurs verfolgt wird, und Politiken, die demgegenüber auf Entwicklung ausgerichtet sind, überwunden und nunmehr die Forderung erhoben werden, einen politisch-institutionellen europäischen Rahmen zu schaffen, der demokratisch legitimiert ist, die Ausübung wirklicher Regierungsfunktionen ermöglicht und somit die Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufschwung bietet.

* * *

Niemand kann sagen, wie lange es dauern wird, bis der föderale Sprung in die Governance der Währung gelingt, bevor neue, vielleicht verhängnisvolle Schocks Europa treffen. Und es ist auch nicht sicher, wie lange es dauern wird, bis aus dem Nährboden für Vorschläge, dem Wunsch nach mehr Europa und mehr Föderalismus und gleichlautenden Willensbekundungen, die sich in der Gesellschaft und in den Institutionen manifestieren, politische Maßnahmen und Initiativen zwischen einigen Regierungen erwachsen. Gerade aus diesem Grund muss innerhalb fester Fristen dringend ein Projekt zur Schaffung der föderalen Union und des möglichen Rahmens für das Funktionieren ihrer Institutionen erarbeitet werden, wobei die Bürger in einen neuen verfassungsgebenden Prozess einzubinden sind.

Um diesen Schritt zu tun, genügt es nicht mehr, einfach nur die offensichtlichen Grenzen der zwischenstaatlichen Methode im Hinblick auf die Governance der Europäischen Union und des Euro-Währungsgebiets anzuprangern. Es gilt nunmehr, einerseits die Widerstände, die im Euro-Währungsgebiet gegen eine etwaige Übertragung von Souveränität von den Staaten auf Europa immer noch bestehen, und andererseits die institutionelle Widersprüchlichkeit ins Visier zu nehmen und zu überwinden, die nach wie vor erschwerend wirkt, wenn es darum geht, die Frage der demokratischen Legitimierung der europäischen Beschlüsse zu klären (und somit die Bürger endgültig mit Europa zu versöhnen, von dem ihre Zukunft und ihr Wohlergehen abhängen). Das Problem besteht darin, dass die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, die im Hinblick auf die föderale Ausgestaltung des Euro-Währungsgebiets in der Lage sein sollten, sich in Institutionen umzuwandeln, die die Interessen der Bürger dieses Gebiets vertreten, gegenwärtig auch die Teilnahme der Länder voraussetzen, die sich weder an der Währungsunion beteiligen möchten noch in Erwägung ziehen, gegebenenfalls an der Übertragung von Souveränität mitzuwirken.

Gerade auf diesem Gebiet müssen europäische und nationale Parlamentarier sowie politische Parteien und Regierungen Vorschläge unterbreiten, Meinungen austauschen und Stellung beziehen. Und gerade hier werden die Föderalisten ihnen weiterhin zusetzen und sie dazu drängen, ein kohärentes und glaubhaftes institutionelles Projekt für eine föderale Union zu entwickeln, die zwischen den Ländern der Europäischen Union, die den Euro als Währung haben, errichtet würde, und einen Zeitplan für die Verwirklichung dieses Projekts festzulegen. Sie müssen dies rasch tun, bevor die Gelegenheit - sicherlich die letzte in dem gegenwärtigen historischen Zeitabschnitt - ungenutzt verstrichen ist, um das Europa zu schaffen, das wir benötigen.

Publius

**Unter der Federführung der Europäischen Stiftung Luciano Bolis
Von der Union der Europäischen Föderalisten geförderte Initiative
zur Unterstützung des "Framework for Action for a European Federal Union"**

Editrice EDIF, via Villa Glori, 8 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 572 del 4/9/2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 1, LO/PV - Abbonamento annuale € 5
www.euraction.org